



Bad Schwalbach, den 01.09.2016

Niederschrift

Gremium	Projektgruppe „Raumbedarfe des RTK“
Sitzungsnummer	1
Datum	Mittwoch, 31. August 2016
Sitzungsbeginn	17:00 Uhr
Sitzungsende	18:40 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmerinnen / Teilnehmer:

Herr Burkhard Albers (Landrat)
Herr Matthias Hannes (SPD)
Herr Walter Lieber (B90/Die Grünen)
Herr Karl Mayer (AfD)
Herr Roland Hoffmann (FDP)
Herr Benno Pörtner (Die Linke)
Herr Thorsten Reineck (RTK Holding)
Herr Roland Buitkamp (RTV)
Herr Axel Petri (EAW)
Herr Bernhard Hoffmann (EAW)
Herr K.-Michael Schardt (FBL I)
Herr Stefan Krebs (FBL III)
Frau Sandra Köhler (PR)
Frau Sabrina Götz (I.7)
Herr Joachim Dreier (III.3)
Herr Thomas Schmidt (I.2)

Nicht anwesend:

Herr Karl Ottes (KA/Dez.)
Herr Ernst Garkisch (CDU)
Frau Daniela Less (FBL II)

Landrat Albers eröffnet die 1. Sitzung der Projektgruppe und begrüßt die Anwesenden.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 1 Projektgruppen-Auftrag

Landrat Albers verweist auf die entsprechenden Beschlüsse des KA vom 6.6.2016, TOP A.4 und des HFA vom 10.6.2016, TOP 10.

TOP 2 Sachstandsbericht

Der übersandte Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu den einzelnen Punkten geben Landrat Albers, Herr Schmidt, Herr Petri, Herr Dreier sowie Frau Götz weitere Erläuterungen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abgeordneten Hoffmann, Lieber, Rossow, Pörtner und Hannes.

a) Migrationsbedingte Arbeitsplatz-Mehrbedarfe

Nach dem Auszug der RTV aus dem Kreishaus und dem bevorstehenden Auszug des EAW stehen der Kernverwaltung -im Besonderen den Organisationseinheiten des Fachbereiches II / Leistungsverwaltung- zusätzliche Büroraumkapazitäten zur Realisierung von 30 weiteren Arbeitsplätzen zur Verfügung.

Von den „Arbeitsplatz-Gewinnen“ profitieren

- das JobCenter / FD II.2 (+ 6),
- die Wohngeldstelle / FD II.1 (+ 3),
- die Jugendförderung und Jugendhilfe / FDe II.4 und II.5 (+ 6),
- die Ausländerbehörde / FD III.1 (+ 6),
- der Flüchtlingsdienst / FD II.3 (+ 7)
- sowie der FD Schule / Hochbau / FD I.7 (+ 2).

Aus heutiger Sicht ist damit eine In-etwa-Bedarfsdeckung gegeben und wird kein Erweiterungsbau bzw. keine weitere räumliche Auslagerung notwendig. Diese Einschätzung gilt jedoch nur für den Moment und kann sich bei Änderung von Rahmenbedingungen auch kurzfristig ändern.

Die Antworten auf Fragen des Abg. Hoffmann zu durchschnittlichen Büroflächen-Vorhaltungen für Beschäftigte des Kreises sowie zu Flächen-Überlassungen an Externe / Mieter sind aus Anlage 1 ersichtlich.

Landrat Albers erwähnt die Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) im Rahmen ihres Gutachtens von 2013, über eine stärkere oder vollständige Zentralisierung der Kreisverwaltung in Bad Schwalbach nachzudenken.

b) Räumliche Unterbringung der Kreisgesellschaften und des Eigenbetriebes

Eine an sich wünschenswerte Rückkehr von Kreisgesellschaften und des EAW in das Kreishaus ist auf absehbare Zeit wohl nicht möglich. Die Idee eines zusätzlichen „Hauses der Beteiligungen“ auf dem bestehenden Kreishaus-Grundstück wäre aufgrund enger Zufahrtswege, zusätzlich erforderlicher Parkplätze und bei laufendem Verwaltungsbetrieb nur schwer umsetzbar. Es erscheint aber sinnvoll, die derzeitige dezentrale Unterbringung der „Beteiligungen“ in Mietobjekten baldmöglichst zu beenden und sie an geeigneter Stelle (eventl. Taunusstein-Hahn, ggf. auch Bad Schwalbach) zusammenzuführen. Mit der KWB wird entsprechend verhandelt.

- c) Räumliche Unterbringung des Fachdienstes Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienste mit Leitstelle und ggf. Rettungswache

Die Neubau-/ Erweiterungsbau-/ internen Umzugs-Überlegungen stehen im Zusammenhang mit der vom Land Hessen beabsichtigten Umrüstung aller Rettungsleitstellen mit Digitalfunk-Technik, den erschwerten Arbeitsbedingungen durch knapp bemessene, auseinanderliegende und z.T. im Bereich stark frequentierter Laufwege liegender Räumlichkeiten des Fachdienstes III.3 samt Leitstelle und Katastrophenschutzräumen sowie mit dem unzureichenden Zustand der vom DRK betriebenen Rettungswache an der Helios-Klinik in Bad Schwalbach.

Landrat Albers erläutert, dass es durchaus gute Gründe für einen Verbleib der Leitstelle und der Räume des Katastrophenschutzstabes (Objektschutz bzw. Bearbeitung von Großschadenslagen) im Kreishaus gibt.

Abg. Pörtner sieht keine unbedingte Notwendigkeit, eine neue Rettungswache in einen Neubau „FD III.3 plus Leitstelle“ einzubeziehen.

In Anlage 2 sind auf Wunsch des Abg. Hoffmann die derzeit vom FD III.3 genutzten Flächen im Kreishaus dargestellt. Sie sind jedoch nur bedingt mit den Flächenbedarfen laut vorgelegtem 1. Entwurf des Raumprogrammes vergleichbar, welches weiterentwickelt werden muss.

Auf Anregung des Abg. Lieber wird eine Besichtigung der aktuellen Räumlichkeiten des FD III.3 zu Beginn der nächsten Projektgruppensitzung vereinbart.

TOP 3 Beauftragung einer Machbarkeitsstudie „Fachdienst III.3, Rettungswache“

Zur Überprüfung des 1. Entwurfes des vorgelegten Raumprogrammes, Prüfung möglicher Standorte sowie zur Ermittlung von Schätzkosten stimmt die Projektgruppe der Erteilung eines Auftrages über eine Machbarkeitsstudie an die Fa. K-plan, Siegen, -bei Verfügbarkeit- oder an ein anderes Planungsbüro mit Erfahrungen bei der Konzeption von Feuerwachen, Leitstellen etc. zu.

Sobald Angaben zu den voraussichtlichen Bau- und Baunebenkosten vorliegen, wird die Finanzaufsicht des RP zur Genehmigungsfähigkeit eines entsprechenden Investes befragt und die Projektgruppe umgehend unterrichtet.

TOP 4 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Bad Schwalbach, 1. September 2016

(Burkhard Albers)
Landrat

(Thomas Schmidt)
Schriftführer



Bad Schwalbach, den 28.04.2017

Niederschrift

Gremium	Projektgruppe „Raumbedarfe des RTK“
Sitzungsnummer	2
Datum	Mittwoch, 26. April 2017
Sitzungsbeginn	15:30 Uhr
Sitzungsende	16:35 Uhr / ca. 17:15 Uhr Besichtigungsende
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmerinnen / Teilnehmer:

Herr Burkhard Albers (Landrat)

Herr Matthias Hannes (SPD)

Herr Dr. Herbert Koch (CDU)

Herr Benno Pörtner (Die Linke)

Herr K.-Michael Schardt (FBL I)

Herr Stefan Krebs (FBL III)

Frau Sandra Köhler (PR)

Frau Sabrina Götz (I.7)

Herr Joachim Dreier (III.3)

Herr Thomas Schmidt (I.2)

Nicht anwesend:

Herr Walter Lieber (B90/Die Grünen)

Frau Inga Rossow (FWG)

Herr Karl Mayer (AfD)

Herr Roland Hoffmann (FDP)

Landrat Albers eröffnet die 2. Sitzung der Projektgruppe und begrüßt die Anwesenden.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 1 Projektgruppen-Auftrag

Landrat Albers verweist auf die entsprechenden Beschlüsse des KA vom 6.6.2016, TOP A.4 und des HFA vom 10.6.2016, TOP 10.

Der übersandte Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu den einzelnen Punkten geben Landrat Albers, Herr Schmidt, Herr Petri, Herr Dreier sowie Frau Götz weitere Erläuterungen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abgeordneten Hoffmann, Lieber, Rossow, Pörtner und Hannes.

a) Migrationsbedingte Arbeitsplatz-Mehrbedarfe

Nach dem Auszug der RTV aus dem Kreishaus und dem bevorstehenden Auszug des EAW stehen der Kernverwaltung -im Besonderen den Organisationseinheiten des Fachbereiches II / Leistungsverwaltung- zusätzliche Büroraumkapazitäten zur Realisierung von 30 weiteren Arbeitsplätzen zur Verfügung.

Von den „Arbeitsplatz-Gewinnen“ profitieren

- das JobCenter / FD II.2 (+ 6),
- die Wohngeldstelle / FD II.1 (+ 3),
- die Jugendförderung und Jugendhilfe / FDe II.4 und II.5 (+ 6),
- die Ausländerbehörde / FD III.1 (+ 6),
- der Flüchtlingsdienst / FD II.3 (+ 7)
- sowie der FD Schule / Hochbau / FD I.7 (+ 2).

Aus heutiger Sicht ist damit eine In-etwa-Bedarfsdeckung gegeben und wird kein Erweiterungsbau bzw. keine weitere räumliche Auslagerung notwendig. Diese Einschätzung gilt jedoch nur für den Moment und kann sich bei Änderung von Rahmenbedingungen auch kurzfristig ändern.

Die Antworten auf Fragen des Abg. Hoffmann zu durchschnittlichen Büroflächen-Vorhaltungen für Beschäftigte des Kreises sowie zu Flächen-Überlassungen an Externe / Mieter sind aus Anlage 1 ersichtlich.

Landrat Albers erwähnt die Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) im Rahmen ihres Gutachtens von 2013, über eine stärkere oder vollständige Zentralisierung der Kreisverwaltung in Bad Schwalbach nachzudenken.

b) Räumliche Unterbringung der Kreisgesellschaften und des Eigenbetriebes

Eine an sich wünschenswerte Rückkehr von Kreisgesellschaften und des EAW in das Kreishaus ist auf absehbare Zeit wohl nicht möglich. Die Idee eines zusätzlichen „Hauses der Beteiligungen“ auf dem bestehenden Kreishaus-Grundstück wäre aufgrund enger Zufahrtswege, zusätzlich erforderlicher Parkplätze und bei laufendem Verwaltungsbetrieb nur schwer umsetzbar. Es erscheint aber sinnvoll, die derzeitige dezentrale Unterbringung der „Beteiligungen“ in Mietobjekten baldmöglichst zu beenden und sie an geeigneter Stelle (eventl. Taunusstein-Hahn, ggf. auch Bad Schwalbach) zusammenzuführen. Mit der KWB wird entsprechend verhandelt.

c) Räumliche Unterbringung des Fachdienstes Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienste mit Leitstelle und ggf. Rettungswache

Die Neubau-/ Erweiterungsbau-/ internen Umzugs-Überlegungen stehen im Zusammenhang mit der vom Land Hessen beabsichtigten Umrüstung aller Rettungsleitstellen mit Digitalfunk-Technik, den erschwerten Arbeitsbedingungen durch

knapp bemessene, auseinanderliegende und z.T. im Bereich stark frequentierter Laufwege liegender Räumlichkeiten des Fachdienstes III.3 samt Leitstelle und Katastrophenschutzräumen sowie mit dem unzureichenden Zustand der vom DRK betriebenen Rettungswache an der Helios-Klinik in Bad Schwalbach.

Landrat Albers erläutert, dass es durchaus gute Gründe für einen Verbleib der Leitstelle und der Räume des Katastrophenschutzstabes (Objektschutz bzw. Bearbeitung von Großschadenslagen) im Kreishaus gibt.

Abg. Pörtner sieht keine unbedingte Notwendigkeit, eine neue Rettungswache in einen Neubau „FD III.3 plus Leitstelle“ einzubeziehen.

In Anlage 2 sind auf Wunsch des Abg. Hoffmann die derzeit vom FD III.3 genutzten Flächen im Kreishaus dargestellt. Sie sind jedoch nur bedingt mit den Flächenbedarfen laut vorgelegtem 1. Entwurf des Raumprogrammes vergleichbar, welches weiterentwickelt werden muss.

Auf Anregung des Abg. Lieber wird eine Besichtigung der aktuellen Räumlichkeiten des FD III.3 zu Beginn der nächsten Projektgruppensitzung vereinbart.

TOP 3	Beauftragung einer Machbarkeitsstudie „Fachdienst III.3, Rettungswache“
--------------	--

Zur Überprüfung des 1. Entwurfes des vorgelegten Raumprogrammes, Prüfung möglicher Standorte sowie zur Ermittlung von Schätzkosten stimmt die Projektgruppe der Erteilung eines Auftrages über eine Machbarkeitsstudie an die Fa. K-plan, Siegen, -bei Verfügbarkeit- oder an ein anderes Planungsbüro mit Erfahrungen bei der Konzeption von Feuerwachen, Leitstellen etc. zu.

Sobald Angaben zu den voraussichtlichen Bau- und Baunebenkosten vorliegen, wird die Finanzaufsicht des RP zur Genehmigungsfähigkeit eines entsprechenden Investes befragt und die Projektgruppe umgehend unterrichtet.

TOP 4	Verschiedenes
--------------	----------------------

Keine Wortmeldungen.

Bad Schwalbach, 1. September 2016

(Burkhard Albers)
Landrat

(Thomas Schmidt)
Schriftführer



Bad Schwalbach, den 30.04.2019

Niederschrift

Gremium	Projektgruppe „Raumbedarfe des RTK“
Sitzungsnummer	3
Datum	Montag, 29. April 2019
Sitzungsbeginn	16:30 Uhr
Sitzungsende	17:25 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmerinnen / Teilnehmer:

Herr Frank Kilian (Landrat)

Herr Matthias Hannes (SPD)

Frau Anne Linke-Diefenbach (FDP)

Herr Benno Pörtner (Die Linke)

Herr Walter Lieber (B90 / Die Grünen)

Herr Christian Keßner (AfD)

Herr K.-Michael Schardt (FBL I)

Herr Stefan Krebs (FBL III)

Herr Manfred Pfaff (ST-CO)

Frau Thomas Gilbert (I.7)

Herr Joachim Dreier (III.3)

Herr Thomas Schmidt (I.2)

Landrat Kilian eröffnet die 3. Sitzung der Projektgruppe und begrüßt die Anwesenden.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 1 Sachstandsbericht Neubauplanung Gefahrenabwehrzentrum RTK

Der Bericht wurde mit der Einladung in Schriftform versandt und wird zur Kenntnis genommen.

Zu einzelnen Punkten geben Landrat Kilian, Herr Schmidt, Herr Krebs und Herr Dreier weitere Erläuterungen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abgeordneten Pörtner, Lieber, Linke-Diefenbach, Hannes und Keßner.

TOP 2	Verständigung über die weitere Vorgehensweise
-------	---

- Die Projektgruppe bittet, die Angelegenheit zügig weiter zu verfolgen.
- Detailfragen, u.a. die Verfügbarkeit des städtischen Grundstücks „Ehemalige Scaterbahn“, sollen noch geklärt werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Beschlussvorlagen für den KA und den KT zu erstellen und dies so rechtzeitig, dass das Projekt im Rahmen der Etatberatungen 2020 diskutiert und angeschoben werden kann.
- Eine weitere Sitzung der Projektgruppe wurde nicht in Aussicht genommen.

TOP 4	Verschiedenes
-------	---------------

Keine Wortmeldungen.

Bad Schwalbach, 30. April 2019

(Frank Kilian)
Landrat

(Thomas Schmidt)
Schriftführer